

Niederschrift
zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Moorrege (öffentlich)

Sitzungstermin: Dienstag, den 23.04.2013

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:55 Uhr

Ort, Raum: Marseille-Kaserne, Gebäude "Flieger",
Konferenzraum, Hauptstraße 141, 25482 Appen

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Behrmann	CDU	
Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke	GuB	
Herr Werner Fitzner	FDP	
Herr Klaus Grage	CDU	
Frau Bettina Homeyer	CDU	
Frau Jutta Kaufmann	FDP	
Herr Bürgermeister Günther Laudan	CDU	
Herr Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Uwe Mahnke	SPD	
Herr Hans Martens	SPD	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	
Herr Georg Plettenberg	CDU	
Herr Stefan Puttmann	SPD	Vertretung für Herr Ba- naschak
Herr Ulrich Rahnenführer	SPD	
Herr Bürgermeister Walter Reißler	CDU	Amtsvorsteher
Herr Horst Schaper	CDU	
Frau Ute Schleiden	FWH	
Herr Jan Schmidt	CDU	
Herr Frank Tesch	SPD	ab 20.50 Uhr Vertretung für Herr Büchner
Herr Bürgermeister Udo Tesch	SPD	
Herr Dietmar Voswinkel	SPD	
Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg	CDU	

Gäste

Herr Oberst Klaus-Christian Kuhle

Presse

Uetersener Nachrichten

Herr Pöhlßen

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Vorsitzende Personalrat

Herr Rainer Jürgensen

LVB

Frau Christine Neermann

Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak

CDU

Herr Frank Büchner

SPD

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 09.04.2013 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 14 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Herr Reißler teilt mit, dass sich der Finanz- und Personalausschuss mit dem Thema „Anschaffung von Tempomessgeräten zur Nutzung im Amtsbereich des Amtes Moorrege“ intensiv befasst hat. Da in den Gemeinden Heist, Holm und Appen bereits eigene Tempomessgeräte vorhanden sind, wurde die Beschaffung von zusätzlichen Geräten auf Amtsebene nicht für erforderlich erachtet. Den Gemeinden Groß Nordende und Neuendeich wurde anheimgestellt, sich gemeinsam ein eigenes Tempomessgerät zu beschaffen. Der Finanz- und Personalausschuss hat mehrheitlich empfohlen, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen.

Bgm´in Ehmke erklärt, dass die Entscheidung zwar akzeptiert wird, jedoch die Art und Weise, wie das Anliegen der Gemeinden Groß Nordende und Neuendeich behandelt wurde, als sehr unglücklich empfunden wurde. Frau Ehmke wünscht sich mehr Solidarität mit den kleineren Gemeinden.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Amtsvorsteher, Herr Reißler, alle Anwesenden und dankt Oberst Kuhle für die Möglichkeit, die Sitzung des Amtsausschusses in der Kaserne stattfinden zu lassen.

Tagesordnung:

1. Kurzvortrag von Oberst Klaus Kuhle
2. Ehrungen
3. Bericht des Amtsvorstehers
4. Einwohnerfragestunde
5. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
6. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 142/2013/AMT/BV
7. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2012
Vorlage: 143/2013/AMT/BV
8. Prüfung der Jahresrechnung 2012 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt Moorrege
Vorlage: 146/2013/AMT/BV
9. Zukunftssicherung des Amtes Moorrege - Einsetzung einer Arbeitsgruppe
Vorlage: 150/2013/AMT/BV
10. Breitbandzweckverband – Übertragung der Verwaltung auf das Amt Moorrege
Vorlage: 149/2013/AMT/BV
11. Versicherungsschutz der Wahlvorstände und Wahlhelfer am 26. Mai 2013
Vorlage: 147/2013/AMT/BV
12. Beitritt des Amtes Moorrege zur "ÖBAV Unterstützungskasse e.V."
Vorlage: 148/2013/AMT/BV
13. Verschiedenes
15. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Protokoll:

zu 1 Kurzvortrag von Oberst Klaus Kuhle

Oberst Kuhle begrüßt die Anwesenden recht herzlich zur heutigen Sitzung des Amtsausschusses in der Marseille-Kaserne und stellt die Unteroffizierschule der Luftwaffe in Wort und Bild kurz vor.

Die Unteroffizierschule wurde im Rahmen der Strukturveränderungen der Bundeswehr organisatorisch neu ausgerichtet.

Die allgemeinmilitärische Ausbildung, militärfachliche Ausbildung und zivilberufliche Ausbildung sowie Weiterbildung gehören zu den wesentlichen Schwerpunkten der Unteroffizierschule.

Im Jahr 2013 besteht die Unteroffizierschule der Luftwaffe in Appen 25 Jahre. Folgende Veranstaltungen sind anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Unteroffizierschule der Luftwaffe im Jahr 2013 geplant:

- 24.05.2013 Biwak am Standort
- 14.06.2013 Ball der USLw
- 11.07.2013 Verleihung des Fahnenbandes Schleswig-Holstein
- 08./09.08.2013 Ehemaligentreffen, Eröffnung Standortsammlung, Familienfest und abschließendes Hallenfest

Oberst Kuhle schließt den Kurzvortrag mit dem Hinweis „Unteroffizierschule der Luftwaffe - bereit für die Zukunft“.

zu 2 Ehrungen

Herr Reißler ehrt Frau Ute Ehmke für 10-jährige sowie Herrn Uwe Mahnke und Herrn Dietmar Voswinkel für 15-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss des Amtes Moorrege. Herr Reißler verliest jeweils eine Ehrenurkunde und überreicht einen Blumenstrauß sowie ein Weinpräsent.

Herr Frank Büchner, der heute verhindert ist, wird ebenfalls 15-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss des Amtes Moorrege geehrt.

zu 3 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Reißler verliest den Bericht des Amtsvorstehers lt. **Protokollanlage 1**.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

zu 5 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung des Amtsausschusses liegen nicht vor, so dass eine Beratung und Beschlussfassung hierzu entfällt.

**zu 6 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 142/2013/AMT/BV**

Die noch zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen belaufen sich gemäß **Protokollanlage Nr. 2** mit Stand vom 31.12.2012 im Verwaltungshaushalt auf 70.101,83 €. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 70.101,83 € zu genehmigen. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 7 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im 2. Halbjahr 2012
Vorlage: 143/2013/AMT/BV**

Auf die als **Protokollanlage Nr. 3** beigefügten geringfügigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung wird verwiesen.

Die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen des II. Halbjahres 2012 belaufen sich auf 889,98 €.

Die Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung für das II. Halbjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 8 Prüfung der Jahresrechnung 2012 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt Moorrege
Vorlage: 146/2013/AMT/BV**

Der Protokollführer erläutert das Ergebnis der Jahresrechnung 2012. Der Haushalt 2012 sah ursprünglich eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 35.800 € vor. Im Verwaltungshaushalt haben insbesondere die Mehreinnahmen bei den Gebühren und Minderausgaben bei verschiedenen Haushaltsstellen zu einer Verbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung geführt. Die eingetretenen Haushaltsüberschreitungen konnten vollständig kompensiert werden. Entgegen der ursprünglich geplanten Rücklagenentnahme in Höhe von 35.800 € wurde lediglich eine Entnahme in Höhe von 14.407 € benötigt, so dass folglich eine Verbesserung in Höhe von 21.393 € eingetreten ist. Unter Berücksichtigung der geringeren Rücklagenentnahme beträgt der Bestand der allgemeinen Rücklage zum 31.12.2012 somit 72.192,49 €.

Herr Voswinkel berichtet über die am 13.03.2013 erfolgte Prüfung der Jahresrechnung 2012 durch den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung. Die Hinweise und Bemerkungen des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung wurden durch die vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung hinreichend erklärt. Es ergibt sich kein Diskussionsbedarf. Die Niederschrift über die Prüfung der Jahresrechnung einschließlich der Stellungnahmen und Erläuterungen wird als **Protokollanlage Nr. 4** beigelegt.

Beschluss:

Der Amtsausschuss stellt die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2012, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 2.998.790,56 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 145.083,67 € abschließt, fest.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 9 Zukunftssicherung des Amtes Moorrege - Einsetzung einer Arbeitsgruppe
Vorlage: 150/2013/AMT/BV**

Herr Rahnenführer erläutert seine Anregung, zur Zukunftssicherung des Amtes Moorrege und deren Gemeinden ein Arbeitsgruppe einzusetzen. Die Landesregierung ist bestrebt, die kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein zu verändern. Nach der Kommunalwahl wird ein Gesetzesentwurf für die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vorgelegt. Das Gesetz soll zum 01.01.2015 in Kraft treten. Nach den derzeitigen Verlautbarungen kann eine Veränderung des kommunalen Finanzausgleichs erhebliche Folgen für das Amt Moorrege und

deren Gemeinden haben.

Es ist von Vorteil, wenn sich eine Arbeitsgruppe des Amtsausschusses rechtzeitig und umfassend mit dem kommunalen Finanzausgleich beschäftigt und evtl. vorbeugende Maßnahmen dem Amtsausschuss vorschlägt.

Da das Amt Moorrege sehr zuverlässig, effizient und kostengünstig für die Amtsgemeinden arbeitet, wird die Zukunftssicherung des Amtes Moorrege für erforderlich erachtet.

Bgm. Tesch ist der Auffassung, dass auf der Ebene des SHGT-Kreisverbandes eine Arbeitsgruppe sinnvoller ist, um eine größere Aufmerksamkeit zu erlangen.

LVB Jürgensen entgegnet, dass sich der SHGT-Kreisverband Pinneberg zwar auch mit dem Thema beschäftigt, jedoch durch den unterschiedlichen Status der Mitgliedsgemeinden sehr abweichende Interessen bestehen. Gemeinden wie z.B. Rellingen, Halstenbek, Tornesch usw. haben eher ein geringes Interesse an dem Fortbestand der Ämter.

Bgm'in Ehmke plädiert für die Bildung einer Arbeitsgruppe auf Amtsebene, um sich rechtzeitig und ergebnisoffen mit der Thematik der Zukunftssicherung des Amtes und den Gemeinden zu befassen.

Bgm. Neumann weist auf die Aktivitäten vor der Landtagswahl hin. Die Reaktionen der anderen Gemeinden war recht gering, so dass zunächst eine konstruktiver Arbeitskreis des Amtes Moorrege favorisiert wird. Neben der Arbeitsgruppe auf Amtsebene sind natürlich zusätzliche Aktivitäten auf Kreis- und Landesebene möglich.

Herr Lütje befürchtet, dass sich spätestens nach der Bundestagswahl gravierende Veränderungen für die Gemeinden und Ämter ergeben werden. Eine überschaubare Arbeitsgruppe auf Amtsebene wird befürwortet, um effizient arbeiten zu können. Die Bildung des Arbeitskreises sollte unmittelbar nach der Kommunalwahl stattfinden, da sich eine veränderte Zusammensetzung ergeben kann. Je amtsangehöriger Gemeinde wird ein Mitglied für sinnvoll erachtet, um eine ausgewogene und konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Die Personalratsvorsitzende, Frau Förthmann begrüßt die Initiative und weist darauf hin, dass auch die Beschäftigten der Amtsverwaltung ein starkes Interesse an dem weiteren Bestand des Amtes Moorrege haben. Eine Beteiligung des Personalrates in der Arbeitsgruppe wird befürwortet.

GV Schmidt hebt hervor, dass auf Landesebene insbesondere die Grünen und der SSW die treibenden Kräfte für die Auflösung der Ämter sind und damit gut funktionierende und bewährte Strukturen zerstört werden. Rechtzeitige Aktivitäten werden für notwendig erachtet.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, zur Zukunftssicherung des Amtes Moorrege und deren Gemeinden ein Arbeitsgruppe zu bilden. Die Arbeitsgruppe besteht aus einem Mitglied je Gemeinde und einem Vertreter des Personalrates des Amtes Moorrege. Im Rahmen der konstituierenden Sitzungen

der Gemeinden wird das jeweilig gemeindliche Mitglied bestimmt.

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 20 Nein: 0 Enthaltung: 1 Befangen: 0

**zu 10 Breitbandzweckverband – Übertragung der Verwaltung auf das Amt Moorrege
Vorlage: 149/2013/AMT/BV**

Herr Jürgensen erläutert die Sitzungsvorlage vom 03.04.2013 und die Empfehlung des Finanz- und Personalausschusses.

Der neu zu gründende Zweckverband als Körperschaft des öffentlichen Rechts benötigt eine Verwaltung, damit eine vernünftige Betreuung und Beteiligung der Gemeinden gewährleistet ist. Es ist beabsichtigt, dass die Amtsverwaltung diese verwaltungstechnischen Aufgaben wahrnimmt.

Die Aufgaben der kaufmännischen und technischen Betriebsführung werden nach derzeitigem Stand weiterhin durch die azv Südholstein Breitband GmbH erledigt.

Der konkrete Verwaltungsaufwand wird im Rahmen einer Verwaltungskostenumlage durch den Zweckverband abgegolten, so dass eine zusätzliche finanzielle Belastung des Amtes Moorrege vermieden wird.

Ähnlich der Verwaltungskostenumlagen beim Schulverband der Regionalschule Moorrege oder den kostenrechnenden Einrichtungen wird der Verwaltungsaufwand separat abgerechnet.

Zur Beauftragung des Amtes Moorrege mit der Erledigung der Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes ist der Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem neuen Zweckverband und dem Amt Moorrege notwendig. Der Abschluss dieses Vertrages bedarf zwingend der späteren Beschlussfassung durch den Amtsausschuss (§ 10 AO) und der Verbandsversammlung des neuen Zweckverbandes. Zum jetzigen Zeitpunkt ist zunächst lediglich eine Grundsatzentscheidung des Amtsausschusses nach § 10 AO zur Übernahme der neuen Aufgaben durch das Amt notwendig.

Bgm. Neumann macht deutlich, dass für das Amt keine haftungsrechtlichen bzw. finanziellen Risiken entstehen, da die Zweckverbandsgemeinden ein etwaiges Risiko tragen und der Personalaufwand für das Amt kostenneutral ist. Ohne eine verwaltungsseitige Betreuung des Zweckverbandes ist ein weiterer Breitbandausbau in dieser Region nicht gewährleistet.

Beschluss:

Der Amtsausschuss stimmt der Übernahme der verwaltungstechnischen Aufgaben des neu zu gründenden Zweckverbandes Breitband durch das Amt Moorrege zu. Der Amtsvorsteher wird ermächtigt, einen nach § 19a GkZ notwendigen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem neuen Zweckverband auszuhandeln und diesen dann dem Amtsausschuss zur notwendi-

gen Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 11 **Versicherungsschutz der Wahlvorstände und Wahlhelfer am 26. Mai 2013**
Vorlage: 147/2013/AMT/BV

Herr Jürgensen erläutert den Sachverhalt. Dem Amt Moorrege wurde anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahl ein Angebot für die Erweiterung des gesetzlichen Unfallschutzes für die Wahlvorstände und -helfer unterbreitet. Für die Wahlvorstände und Wahlhelfer besteht bereits ein Grundversicherungsschutz aus Haftpflichtdeckungsschutz, Deckungsschutz bei Sachschäden und gesetzlichen Unfallversicherungsschutz.

Da die ehrenamtlich Tätigen grundsätzlich einen gesetzlichen Unfallversicherungsschutz genießen, wird momentan kein Bedarf für eine Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes gesehen. Die Erweiterung der Unfallversicherung wäre für jede Wahl separat abzuschließen. Der Finanz- und Personalausschuss hat keine dringende Notwendigkeit gesehen, den Deckungsschutz zu erweitern.

Herr Mahnke sieht Klärungsbedarf hinsichtlich einer möglichen Lücke im Versicherungsschutz für die Wahlvorstände und Wahlhelfer.

Auf Anregung von Herrn Jürgensen wird nach den konstituierenden Sitzungen im Rahmen einer Amtsausschusssitzung ein entsprechender Vortrag der GVV-Versicherung für sinnvoll erachtet, um nähere Informationen über den Versicherungsschutz der ehrenamtlich Tätigen zu erhalten.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, eine Unfallversicherung anlässlich der Kommunalwahl für alle Wahlhelfer der Wahlvorstände zu einem Beitrag von 1,48 € abzuschließen.

mehrheitlich abgelehnt

Nein: 20 Enthaltung: 1 Befangen: 0

zu 12 **Beitritt des Amtes Moorrege zur "ÖBAV Unterstützungskasse e.V."**
Vorlage: 148/2013/AMT/BV

Die Sitzungsvorlage vom 21.03.2012 wird näher erläutert. Gemäß Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für Arbeitnehmer/innen im kommunalen öffentlichen Dienst (TV-EUmw/VKA) besteht seitens der Beschäftigten ein Anspruch auf betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung.

Die Beschäftigten können im Rahmen der Entgeltumwandlung einen Teil ihres Bruttoentgeltes zum Aufbau einer zusätzlichen Säule der Altersversorgung verwenden. Die Beschäftigten und der Arbeitgeber sparen je nach

Höhe der Entgeltumwandlung dabei Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Derzeit sorgen 15 Mitarbeiter/innen des Amtes Moorrege im Rahmen der Entgeltumwandlung vor.

Während zunächst die Entgeltumwandlung über eine Pensionskasse durchgeführt wurde, sind aufgrund einer Gesetzesänderung in den letzten Jahren zunehmend auch die weiteren Durchführungswege über eine Unterstützungskasse interessant geworden. Ein Unterschied zur Pensionskasse besteht darin, dass die Beiträge an die Unterstützungskasse nicht auf die steuerfrei gestellten Leistungen an die VBL angerechnet werden.

Ob der Durchführungsweg der Pensionskasse oder derjenige über eine Unterstützungskasse für die Beschäftigten und für den Arbeitgeber günstiger ist, muss anhand verschiedener Umstände (z.B. Höhe des Jahreseinkommens) im Einzelfall geprüft werden.

Mit dem erweiterten Angebot der Altersvorsorge kommt das Amt Moorrege der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Beschäftigten nach.

Bei der ÖBAV-Unterstützungskasse handelt es sich um einen eingetragenen Verein, in dem das Amt Moorrege Mitglied werden muss, um den Durchführungsweg der Unterstützungskasse für die betriebliche Altersvorsorge anbieten zu können. Die Mitgliedschaft ist durch Beschluss des Amtsausschusses festzustellen.

Beschluss:

Das Amt Moorrege tritt zur Erweiterung des Angebotes zur betrieblichen Altersvorsorge für seine Beschäftigten dem Verein „ÖBAV Unterstützungskasse e.V.“ bei.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 21 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 13 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

zu 15 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Es ist keine Öffentlichkeit anwesend, so dass die Bekanntgabe entfällt.

Herr Reißler bedankt sich bei allen Anwesenden für die gute Zusammenarbeit in den letzten 5 Jahren und schließt um 20.55 Uhr die Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.05.2013

Gez. Walter Reißler

Gez. Jens Neumann
Protokollführer